

Landgericht Potsdam  
8 O 186/15

**Anm.:** Ein Verkündungsvermerk ist nicht zu fertigen, da dieser nicht Teil des von dem Richter unterzeichneten Urteils ist.

**Im Namen des Volkes**

**Anm.:** Die Überschrift „Urteil“ ist erlaubt, aber nicht notwendig (Umkehrschluss aus § 313 b Abs. 1 Satz 2 ZPO)

In dem Rechtsstreit

der Novum Privat- und Geschäftskundenbank AG,  
vertreten durch den Vorstand Rudolf Sommer und Ernst Breuer,  
Ludwig-Kirch-Platz 12, 12345 Berlin,

Klägerin,

- Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte Bieniek, Richter und Lobek, Kurfürstendamm 22, 10709 Berlin -

gegen

die Autohaus Müller GmbH & Co. KG,  
vertreten durch die Autohaus Müller Verwaltungsgesellschaft mbH,  
diese vertreten durch den Geschäftsführer Dr. Werner Müller,  
Ebertstraße 12, 14770 Brandenburg an der Havel,

Beklagte,

- Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Thomas Schemer, Friedrichstraße 22, 10969 Berlin –

hat das Landgericht Potsdam, Zivilkammer 8, auf die mündliche Verhandlung vom 18. August 2015 durch die Vorsitzende Richterin am Landgericht Klenkert als Einzelrichterin für Recht erkannt:

**Anm.:** Die Richterdienstbezeichnung „Vorsitzende Richterin am Landgericht“ ergibt sich aus dem Protokoll.

1. Das Versäumnisurteil vom 28. April 2015 wird in Höhe von 17.318,17 EUR nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 17.03.2015 aufrechterhalten.  
Im Übrigen wird das Versäumnisurteil aufgehoben und die Klage abgewiesen.

2. Die weiteren Kosten des Rechtsstreits werden der Beklagten auferlegt.

**Anm.:** Grundsätzlich wäre bei einer nur teilweisen Aufrechterhaltung des Versäumnisurteils über alle Kosten neu zu entscheiden, wobei die Säumniskosten (§ 344 ZPO) der säumigen Partei allein aufzuerlegen wären. Bei Anwendung des § 92 Abs. 2 Nr. 1 ZPO (Klägerin unterliegt nur mit einem Teil des Zinsanspruchs, also geringfügig/ es sind keine Mehrkosten verursacht), kann aber wie oben formuliert werden, was impliziert, dass die Beklagte alle Kosten trägt.

3. Das Urteil ist gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110% des jeweils zu vollstreckenden Betrages vorläufig vollstreckbar. Die Klägerin kann die Vollstreckung aus dem Versäumnisurteil nur gegen Leistung der Sicherheit fortsetzen.

**Anm.:** Der zweite Satz setzt § 709 Satz 3 ZPO um, er allein reicht aber nicht aus, da dann die weiteren Kosten des Rechtsstreits nicht berücksichtigt wären. Vertretbar wäre auch eine weitere Differenzierung, wonach aus diesem Urteil nur die weiteren Kosten vollstreckt werden. Da diese 1.500,- EUR nicht überschreiten, könnten auf die Vollstreckung aus diesem Urteil die §§ 708 Nr. 11, 711 ZPO angewendet werden. Dann wäre zu formulieren:

„Die Klägerin kann die Vollstreckung aus dem Versäumnisurteil nur gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110% des jeweils zu vollstreckenden Betrages fortsetzen. Dieses Urteil ist vorläufig vollstreckbar. Die Beklagte kann die Vollstreckung aus diesem Urteil durch Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des aus dem Urteil vollstreckbaren Betrages abwenden, wenn nicht die Klägerin vor der Vollstreckung Sicherheit in Höhe von 110% des jeweils zu vollstreckenden Betrages leistet.“

## **Tatbestand**

Die Beklagte verkaufte Anfang Januar 2015 den Pkw VW Golf VII, Baujahr 2/2014 zum Kaufpreis von 17.318,17 EUR an die damals bereits volljährige Sabine Neumann. Deren Vater Reiner Neumann, der ihr das Fahrzeug schenken wollte, unterhielt bei der klägerischen Bank ein Girokonto, von dem die Klägerin am 8. Januar 2015 eine Überweisung in Höhe von 17.318,17 EUR auf das Geschäftskonto der Beklagten bei der Deutschen Bank ausführte. Dem lag ein mit dem gefälschten Namenszug des Reiner Neumann versehener Überweisungsauftrag vom 6. Januar 2015 zugrunde, der keinen Verwendungszweck nannte. Der Betrag wurde dem Konto der Beklagten am 9. Januar 2015 gutgeschrieben. Darauf gab die Mitarbeiterin Manuela Fischer der Beklagten das Fahrzeug am selben Tag an eine Person heraus, die sich als Günther Schubert ausgegeben und eine Vollmacht (Bevollmächtigung, den Wagen abzuholen) mit dem gefälschten Namenszug der Sabine Neumann vorgelegt hatte. Ein Täter konnte nicht ermittelt werden. Am 25. Februar 2015 schrieb die Klägerin den Betrag dem Konto des Reiner Neumann wieder gut. Die Klägerin forderte die Beklagte zur Rückzahlung des Betrages auf, zuletzt mit Fristsetzung bis zum 16. März 2015.

**Anm.:** Der Sachverhalt zu den Fälschungen war unstreitig. Allerdings ist nicht bekannt, dass der unbekannte Täter tatsächlich „Günther Schubert“ hieß.

Mit der der Beklagten bei ihrer Geschäftsanschrift am 7. April 2015 zugestellten Klage verfolgt die Klägerin ihr Begehren weiter. Sie hat das Versäumnisurteil im schriftlichen Vorverfahren vom 28. April 2015 über 17.318,17 EUR nebst Zinsen in Höhe von 8 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 17. März 2015 erwirkt, das der Klägerin am 4. Mai 2015 zugestellt worden ist und gegen das die Beklagte am 26. Mai 2015 Einspruch eingelegt hat. Der die Beklagte betreffende Zustellungsauftrag ist in der Weise ausgeführt worden, dass der Zusteller das Versäumnisurteil bei der Privatanschrift des Geschäftsführers der Komplementärin der Beklagten in der Ebertstraße 14 in Potsdam dessen 15jährigen Sohn Maximilian ausgehändigt hat. Dieser hat es zunächst mit in sein Zimmer genommen, wo es die Ehefrau des Geschäftsführers der Komplementärin der Beklagten am 25. Mai 2015 unter einem Bücherstapel gefunden hat. Die Beklagte hat zusammen mit ihrem Einspruch vorsorglich Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand beantragt.

**Anm.:** Grundsätzlich gehören in die Prozessgeschichte bei einem Einspruch gegen ein Versäumnisurteil drei Dinge, nämlich

- die genaue Höhe der Verurteilung
- das Zustellungsdatum
- das Einspruchsdatum

Da die Zustellung an die Beklagte nicht unproblematisch ist, darf hier nicht bereits formuliert werden, es sei zugestellt worden.

Vorliegend kommt es auch auf die Zustellung an die Klägerin an, weil beim Versäumnisurteil im schriftlichen Vorverfahren auf die letzte Zustellung abzustellen ist (§ 310 Abs. 3 ZPO). Deshalb sind ferner mitzuteilen,

- dass das Versäumnisurteil im schriftlichen Vorverfahren ergangen ist
- die Zustellung an die Klägerin

Ferner ist der Wiedereinsetzungsantrag zu bringen. Da die Tatsachen, auf die die Beklagte diesen Antrag stützt, unstreitig sind, dürfen diese nicht als Behauptungen der Beklagten dargestellt werden. Wegen des engen Zusammenhanges mit der Prozessgeschichte dürfen diese als solche geschildert werden (Zeitform: Perfekt)

Die Klägerin beantragt,

den Einspruch des Beklagten als unzulässig zu verwerfen,

**Anm.:** Eigentlich handelt es sich bei dem Antrag, den Einspruch als unzulässig zu verwerfen, nicht um einen Sachantrag, da über die Zulässigkeit des Einspruchs gem. § 341 ZPO von Amts wegen (ohne Antrag) entschieden wird. Es handelt sich vielmehr um eine reine Rechtsansicht (die Klägerin hält den Einspruch für unzulässig). Deshalb kann dieser „Antrag“ auch gut vertretbar weggelassen werden. Die hier vorgeschlagene Darstellung ist aber überwiegend üblich.

hilfsweise beantragt sie,

das Versäumnisurteil vom 28. April 2015 aufrechtzuerhalten.

**Anm.:** Es handelt sich nicht um einen Hilfsantrag, da der Antrag, den Einspruch als unzulässig zu verwerfen, aus den genannten Gründen kein Antrag ist. Deshalb trifft die Klägerin auch keine Kostentragungspflicht, soweit sie mit ihrer Ansicht, der Einspruch sei unzulässig, scheitert.

Die Beklagte beantragt,

das Versäumnisurteil aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Sie meint, das Versäumnisurteil sei ihr nicht wirksam zugestellt worden. Es habe für sie keine Veranlassung bestanden, an der Wirksamkeit der Vollmacht zu zweifeln. Jedenfalls sei sie wegen der Weggabe des Fahrzeuges entreichert.

**Anm.:** Da die Tatsachen, auf die die Beklagte ihren Wiedereinsetzungsantrag stützt, unstreitig sind, kommt es auch nicht auf die Glaubhaftmachung an.

Hilfsweise rechnet sie mit einem Schadensersatzanspruch in Höhe der Klageforderung auf. Hierzu meint sie, dass die Klägerin bei Ausführung des gefälschten Überweisungsauftrages grob fahrlässig gehandelt habe.

**Anm.:** Die Aufrechnungserklärung ist weder Tatsachenbehauptung, noch bloße Rechtsansicht. Sie kann als Prozessgeschichte oder (hier empfohlen) beim Beklagtenvorbringen dargestellt werden.

Sie behauptet, bei dem Überweisungsantrag habe es sich um eine „schlechte Fälschung“ gehandelt.

**Anm.:** Nicht ganz einfach ist die Frage, ob es sich bei dem Einwand der Beklagten, es handle sich bei dem Überweisungsauftrag um eine „schlechte Fälschung“ um eine Tatsachenfrage (dann: „sie behauptet...“), oder um eine Rechtsansicht (dann: „sie meint...“) handelt. Für eine Tatsachenbehauptung spricht, dass es um die tatsächliche Abweichung der gefälschten Unterschrift von der Unterschrift des R. Neumann geht. Unstreitig war die „schlechte Fälschung“ aber nicht, da der Vortrag mangels näherer Konkretisierung unsubstantiiert war.

## Entscheidungsgründe

Der Einspruch der Beklagten gegen das Versäumnisurteil ist zulässig.

**Anm.:** Mit dem Einspruch ist zu beginnen, die Frage der Zulässigkeit des Einspruchs ist nicht ein Unterpunkt der Zulässigkeit der Klage. Zur Statthaftigkeit des Einspruchs (§ 338 ZPO) muss nicht ausgeführt werden, da diese gänzlich unproblematisch ist. Auch die Einhaltung der Form ist kein Problem. Dagegen muss stets die Rechtzeitigkeit des Einspruchs begründet werden. Bei Gewährung der Wiedereinsetzung ist der Einspruch nicht etwa unzulässig; er ist vielmehr mittels der Wiedereinsetzung zulässig.

Die Beklagte hat die zweiwöchige Einspruchsfrist (§ 339 Abs. 1 ZPO) versäumt. Diese begann gemäß § 222 Abs. 1 ZPO, § 187 Abs. 1 BGB am 5. Mai 2015 zu laufen und endete gem. § 222 Abs. 1 ZPO, § 188 Abs. 2 BGB am 18. Mai 2015.

**Anm.:** Eine genaue Fristberechnung mit § 222 Abs. 1 ZPO; §§ 187 f. BGB ist nur dann entbehrlich, wenn die Frist unproblematisch eingehalten ist.

Abzustellen ist wegen § 310 Abs. 3 ZPO auf die letzte Zustellung, weil das Versäumnisurteil im schriftlichen Vorverfahren ergangen ist (§ 331 Abs. 3 ZPO).

Die Zustellung ist an beide Parteien am 4. Mai 2015 erfolgt. Entgegen der Ansicht der Beklagten ist ihr das Versäumnisurteil auch an diesem Tage wirksam zugestellt worden.

Die Zustellung an den Geschäftsführer der Komplementärin der Beklagten ist gemäß § 170 Abs. 1 ZPO möglich. Eines vorhergehenden Zustellungsversuches bei der Geschäftsanschrift der Beklagten bedurfte es nicht, da es im pflichtgemäßen Ermessen des Zustellers liegt, ob er

die Ersatzzustellung in dem Geschäftsbetrieb oder in der Wohnung vornimmt. Dass der Zusteller ermessensfehlerhaft gehandelt hätte, ist nicht ersichtlich.

Die Zustellung bei der Wohnung ist gemäß § 178 Abs. 1 Nr. 1 ZPO durch Aushändigung an den 15jährigen Sohn des Geschäftsführers der Komplementärin der Beklagten wirksam erfolgt, weil dieser als sein „erwachsener Familienangehöriger“ anzusehen ist.

„Erwachsener“ in diesem Sinne ist, wer nach seinem Alter und seiner geistigen Entwicklung erkennbar in der Lage ist, den Zweck der Zustellung und die Verpflichtung, die Sendung dem Adressaten auszuhändigen, zu erkennen. Das ist bei einem 15jährigen regelmäßig der Fall. Besondere, entgegenstehende Umstände sind nicht vorgetragen.

**Anm.: Hält man die Zustellung für unwirksam, so wäre der Zustellungsmangel gemäß § 189 ZPO geheilt in dem Zeitpunkt, als das Versäumnisurteil dem Geschäftsführer tatsächlich zugegangen ist, also am 25. Mai 2015. Einer Wiedereinsetzung bedürfte es dann nicht.**

Der Beklagten war aber gemäß § 233 ZPO auf ihren Antrag Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand wegen der Versäumung der Frist zu gewähren.

**Anm.: Die Wiedereinsetzung kann auch im Tenor gewährt werden. Wird sie – wie hier empfohlen – in den Entscheidungsgründen gewährt, so wird lediglich formuliert, dass die Wiedereinsetzung „zu gewähren war“.**

Die zweiwöchige Frist zur Beantragung der Wiedereinsetzung (§ 234 Abs. 2 ZPO) ist eingehalten, weil das Hindernis erst am 25. Mai 2015 mit dem Wiederauffinden des Versäumnisurteils entfiel.

Die Beklagte war gemäß § 233 ZPO ohne ihr Verschulden gehindert, die zweiwöchige Einspruchsfrist, bei der es sich gemäß § 339 Abs. 1 ZPO um eine Notfrist handelt, einzuhalten.

Ein Verschulden des Geschäftsführers der Komplementärin der Beklagten, das sich die Beklagte gemäß § 51 Abs. 2 ZPO zurechnen lassen müsste, ist nicht gegeben, weil dieser nicht davon ausgehen musste, dass bereits eine Zustellung bei seiner Privatanschrift erfolgt wäre, so dass er keine Veranlassung hatte, im Familienkreis nachzufragen, ob Postsendungen für die KG eingegangen waren.

**Anm.:** Auf die Glaubhaftmachung (§ 236 Abs. 2 S. 1 ZPO) kommt es nicht an, da die Tatsachen unstreitig sind.

Ein Verschulden des Sohnes des Geschäftsführers der Komplementärin der Beklagten muss sich die Beklagte mangels Zurechnungsnorm nicht zurechnen lassen.

**Anm.:** Es gibt nur die §§ 51 Abs. 2, 85 Abs. 2 ZPO als Zurechnungsnormen. Keinesfalls dürfen BGB-Normen (z.B. § 278 BGB) im Prozessrecht angewendet werden.

Die Klage ist bis auf einen Teil des Zinsanspruchs begründet.

**Anm.:** Ein Überleitungssatz von der Zulässigkeit des Einspruchs zur Zulässigkeit/ Begründetheit der Klage ist nicht notwendig. Möglich wäre ein Satz wie „Der Einspruch führte gemäß § 343 ZPO überwiegend zur Aufrechterhaltung des Versäumnisurteils, da die Klage im Wesentlichen Erfolg hat.“

Die Zulässigkeit der Klage war gänzlich unproblematisch und kann weggelassen werden. Die Zuständigkeit des angerufenen Gerichts war schon wegen § 39 ZPO kein Problem, auch zur Parteifähigkeit der KG wären Ausführungen problematisch, weil hier keinerlei Problem liegt.

Der Klägerin steht gegen die Beklagte ein Anspruch auf Zahlung von 17.318,17 EUR gemäß § 812 Abs. 1 Satz 1, Alt. 2 BGB zu.

Die Beklagte hat durch die Gutschrift auf ihrem Geschäftskonto ein abstraktes Schuldanerkenntnis über eine Forderung in Höhe der Klageforderung und damit „etwas“ erlangt.

**Anm.:** Keinesfalls hat die Beklagte „Eigentum und Besitz“ am Geld erlangt, weil es sich mangels Barzahlung nicht um Sacheigentum handelte. Vertretbar wäre es auch zu argumentieren, dass die Beklagte einen Auszahlungsanspruch gegen ihre Bank erlangt hat.

Die Vermögensverschiebung erfolgte auch „in sonstiger Weise“, da die Klägerin nicht an die Beklagte geleistet hat. Denn die Klägerin wollte ersichtlich – auch aus Empfängersicht der Beklagten – keine eigene Verbindlichkeit gegenüber der Beklagten erfüllen.

**Anm.:** Hier zeigt sich, dass „Leistung“ nicht irgend einen Zweck verfolgt, vielmehr die Erfüllung einer Verbindlichkeit.

Der Anspruch ist auch nicht wegen Vorranges der Leistungskondition gesperrt. Denn im Deckungsverhältnis zwischen dem Reiner Neumann und der Klägerin fehlte es an einer Anweisung überhaupt und dem Reiner Neumann kann die Überweisung auch nicht zugerechnet werden, weil er sie in keiner Weise veranlasst hat (gefälschter Überweisungsauftrag). In einem solchen Fall einer völlig fehlenden Anweisung ist eine Direktkondition des vermeintlich Angewiesenen ausnahmsweise zulässig.

**Anm.:** Ein Hauptproblem der Arbeit war die Frage der bereicherungsrechtlichen Rückabwicklung im Mehrpersonenverhältnis. Entscheidend für eine richtige Lösung ist die Erkenntnis, dass die Klägerin nicht an die Beklagte geleistet hat und dass die Nichtleistungskondition grundsätzlich wegen Vorranges der Rückabwicklung in den (gestörten) Leistungsbeziehungen gesperrt ist. Der klassische Ausnahmefall (Fehlen einer zurechenbaren Anweisung) war vorliegend gegeben, so dass die Direktkondition zu bejahen war.

Die Vermögensverschiebung erfolgte mangels vertraglicher Beziehungen der Parteien auch „ohne Rechtsgrund“.

**Anm.:** Als Rechtsgrund kann nur ein Schuldverhältnis der Parteien in Frage kommen. Ein solches fehlte unproblematisch.

In der Rechtsfolge schuldet die Beklagte gemäß § 818 Abs. 2 BGB Wertersatz in Höhe der Klageforderung.

Die Beklagte ist auch nicht gemäß § 818 Abs. 3 BGB entreichert.

Der Bereicherte kann im Bereich der Nichtleistungskondition gegenüber dem Anspruch aus § 812 BGB nicht dasjenige abziehen, was er als Gegenleistung an einen Dritten erbracht hat, auch wenn er diese im Vertrauen auf das Behaltendürfen des Erlangten erbracht hat. Denn das Vertrauen der Beklagten, das Geld behalten zu dürfen, ist jedenfalls nicht von der Klägerin geweckt worden. Jedenfalls im Falle der gefälschten Überweisung fehlt ein Zurechnungsgrund, der es rechtfertigt, der Bank den Vertrauensschaden des Zahlungsempfängers aufzubürden. Das Risiko, das die Beklagte einging, indem sie den vermeintlich bevollmächtigten Schubert nicht genauer kannte, muss sie alleine tragen.

**Anm.:** Die Frage einer Entreichung (§ 818 Abs. 3 BGB) stellte ein weiteres Hauptproblem der Arbeit dar. Eine verschärfte Haftung der Beklagten (§ 819 Abs. 1 BGB) kam jedenfalls nicht in Betracht (positive Kenntnis erforderlich). Zumindest war herauszuarbeiten, dass bei § 818 Abs. 3 BGB Abzugsposten dasjenige sein kann, was im Vertrauen auf



**das Behaltendürfen der Leistung weggegeben wurde. Sodann war eine wertende Betrachtung vorzunehmen, ob das Risiko die Herausgabe des Pkw an den Scheinbevollmächtigten der Klägerin zuzuweisen ist. Vgl. zu einem ähnlichen Fall OLG Köln, Beschluss v. 31.05.1996 – 2 U 18/96 = WM 1996, 2007-2011**

Die von der Beklagten hilfsweise erklärte Aufrechnung greift nicht durch.

**Anm.: Dass die Hilfsaufrechnung zulässig ist, weil innerprozessual bedingt, muss nicht gesagt werden, da gänzlich unproblematisch.**

Der Beklagten steht kein aufrechenbarer Gegenanspruch gegen die Klägerin zu.

Ein Schadensersatzanspruch aus §§ 280 Abs. 1, 241 Abs. 2 BGB wegen einer Verletzung von Sorgfaltspflichten aus dem Girovertrag zwischen dem Reiner Neumann und der Klägerin scheidet aus.

Es kann dahinstehen, ob dieser Vertrag drittschützende Wirkung zugunsten der Beklagten entfaltet, weil der Klägerin jedenfalls keine Verletzung von Sorgfaltspflichten vorzuwerfen ist.

**Anm.: Es kann auch die drittschützende Wirkung des Girovertrages zugunsten der Beklagten verneint werden, weil mangels wirksamer Anweisung keine Leistungsnähe bestand. Die Frage darf aber offengelassen werden, weil der Bearbeitervermerk nicht verlangt, „alle im Sachverhalt aufgeworfenen Fragen“ (notfalls hifsgutachterlich) zu klären. Vielmehr sind hilfsweise Entscheidungsgründe gemäß Ziffer 1. des Bearbeitervermerks nur für den Fall gefragt, dass zur materiellen Rechtslage überhaupt nicht Stellung genommen wird, also für den Fall der Fertigung eines Prozessurteils.**

Der Klägerin kann nicht vorgeworfen werden, dass sie die Fälschung des Überweisungsauftrages nicht erkannt hat. Aufgrund des Massenverkehrs bei Überweisungen obliegen ihr keine Verpflichtungen zu intensiven Überprüfungen der Überweisungsaufträge.

Die Höhe des überwiesenen Betrages war nicht so ungewöhnlich, dass die Klägerin zu einer Nachfrage bei ihrem Kunden Veranlassung hatte.

Soweit die Beklagte behauptet, es habe sich um eine „schlechte“ Fälschung gehandelt, fehlt es an einer näheren Darlegung dazu, aufgrund welcher konkreten Tatsachen die Fälschung hätte auffallen müssen.

**Anm.: Wann immer ein Tatsachenvortrag als unsubstantiiert erachtet wird, muss ausgeführt werden, wo die Ungenauigkeit liegt (was im Einzelnen näher hätte vorgetragen werden müssen).**

Die Zinsentscheidung folgt aus §§ 286 Abs. 1 Satz 1, 288 Abs. 1 Satz 2 BGB. Die Klägerin kann Zinsen nur in der zuerkannten Höhe verlangen, weil keine Entgeltforderung gemäß § 288 Abs. 2 BGB gegeben ist.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 92 Abs. 2 Nr. 1 ZPO.

**Anm.: Für §§ 344, 238 Abs. 4 ZPO ist kein Raum, da die Beklagte alle Kosten trägt.**

Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit ergeht gemäß § 709 S. 1 – 3 ZPO.

---

Ende der Lösungsskizze

Bewertungsschema (überschlägig):

|  |                    |
|--|--------------------|
| Tenor/ Tatbestand:   | 25%                |
| Einspruch/ Wiedereinsetzung:                                   | 15%                |
| Direktkondition b. Fälschung (§ 812 Abs. 1 S. 1, 2. Alt. BGB): | 15%                |
| Entreicherung (§ 818 Abs. 3 BGB):                              | 15%                |
| Hilfsaufrechnung, Gegenanspruch:                               | 15%                |
| Problem der Zinshöhe:  | 5%                 |
| <u>Sonstiges:</u>  | <u>10%</u>         |
| Summe:   | <b><u>100%</u></b> |

